

„Wir leben im Neo-Feudalismus“

Über die Soziale Marktwirtschaft und ihre Pervertierung durch eine „privilegierte Finanz-Oligarchie“ sprach **ZUERST!** mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Hansjörg Müller



Foto: Privat

Hansjörg Müller, geboren 1968 in Treuchtlingen (Bayern), ist Volkswirt und seit September 2017 Abgeordneter der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag. Müller ist außerdem einer der Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Bis zu seinem Einzug ins Parlament war Müller in der deutschen Exportwirtschaft tätig. Zuletzt betätigte er sich als Restrukturierungs-Geschäftsführer in international tätigen, mittelständischen Produktions- und Handelsunternehmen. Zusammen mit anderen AfD-Mitgliedern gründete Müller 2013 das „AfD-Mittelstandsforum“ als eingetragenen Verein. Er ist Vorsitzender dieses Vereins. Hansjörg Müller ist verheiratet und hat drei Kinder.

Herr Müller, Sie haben Ende April in Würzburg die „Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.“ (FLG) gegründet. Welche Lücke soll diese Gesellschaft ausfüllen?

Müller: Solange die Soziale Marktwirtschaft funktionierte – 1948 bis zirka 1990 –, existierte in der westdeutschen Wirtschaft die sogenannte „Deutschland AG“. Deutsche Banken, die noch deutsch waren, finanzierten langfristig deutsche Unternehmen, die auch noch deutsch waren, statt internationale Spekulanten. Auf dieser Basis war es möglich, den Wohlfahrts- und Sozialstaat zu entwickeln, weil die in Deutschland entstandene Wertschöpfung mehrheitlich im Lande verblieb und zwischen Unternehmern und Arbeitern relativ fair aufgeteilt wurde, ohne daß sie ins Ausland abfloß. Heute gehören 54 Prozent der Aktien der Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX ausländischen Anteilseignern, die kurzfristig ihre Gewinne optimieren wollen und sich die Steuern auf Dividenden erstatten lassen. Da werden dann auch schon mal mehr Dividenden ausgezahlt, als Gewinne erwirtschaftet wurden, was die Substanz der deutschen Aktiengesellschaften zerstört und kaum Steuern bringt. Dahinter steht der kurzfristig orientierte, globalistische angelsächsische Finanzkapitalismus, gegen den nur die Wiedererrichtung der langfristig orientierten, am deutschen Nationalstaat und an der Realwirtschaft orientierten Sozialen Marktwirtschaft hilft. Die „Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.“ ist meines Wissens der einzige Wirtschaftsverband, der diesen Mißstand klar benennt und Lösungen anbietet. Die anderen sind im Mainstream gefangen und trauen sich nicht, diese Realität zur Kenntnis zu nehmen. Das ist momentan unser Alleinstellungsmerkmal.

Versteht sich die FLG eher als Denkfabrik oder eher als Lobby für den heimischen Mittelstand?

Müller: Wir schlagen die Brücke zwischen volkswirtschaftlichen Vordenkern und Praktikern aus mittelständischen Unternehmen. Beide Gruppen gehören zu den Gründungsmitgliedern unserer Gesellschaft, und es sind echte Koryphäen dabei.

Die Nähe zur AfD ist, schon durch Sie als gewählten Vorsitzenden, unverkennbar. Andererseits betonen Sie die Überparteilichkeit der Gesellschaft. Wie paßt das zusammen?

Müller: Ich hatte vor einigen Jahren schon einmal das „AfD-Mittelstandsforum e.V.“ gegründet und übersehen, in die Satzung ein Limit für den Anteil der Parteimitglieder an der Gesamtmitgliederzahl aufnehmen zu lassen. Die Bezeichnung AfD im Namen erwies sich im Laufe der Zeit auch als Problem. Daraus entstanden zwei negative Entwicklungen: Erstens trauten sich allein schon durch den Namen viele parteilose Unternehmer nicht, uns beizutreten, und zweitens wurden die typischen Parteistreitigkeiten in das Mittelstandsforum hineingetragen. Insofern haben wir aus beiden Fehlern gelernt, den Anteil von Parteimitgliedern – egal welcher Partei – auf maximal 30 Prozent limitiert und sind aktuell dabei, weitere parteilose Unternehmer und auch solche mit FDP- beziehungsweise Unionsparteibuch zu gewinnen. Das sieht man schon an unserem Vorstand: Zwei Kollegen haben mit der AfD überhaupt nichts am Hut, aber sind dabei, weil wir für eine gemeinsame Sache kämpfen.

Wen wollen Sie mit der Neugründung vor allem erreichen?

Müller: Vor allem mittelständische Unternehmer, die erkennen, daß es ihren Familienunternehmen durch die sogenannten deutschen Politiker an den Kragen geht, nachdem diese Globalisten, die keine Loyalität zur eigenen Wirtschaft mehr kennen, bereits die Mehrheit der deutschen Aktiengesellschaften von ausländischen Anteilseignern haben übernehmen lassen, die ganz andere Interessen haben als die deutsche Gesellschaft.

Wie sieht der konkrete Arbeitsplan der List-Gesellschaft aus?

Müller: Wir haben uns erst einmal gegründet und feilen den Sommer über an unserer Strategie, wie es weitergeht. *In einem konzeptionellen Text für die FLG kritisieren Sie das Wirken einer „privilegierten Finanz-Oligarchie“.* Können Sie kurz beschreiben, was Sie darunter verstehen und worin die

schädliche Wirkung dieser Organisationen besteht?

Müller: Das sind vier Gruppen: erstens Finanzbeteiligungskonglomerate wie zum Beispiel Goldman Sachs oder BlackRock, zweitens die vier weltgrößten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, drittens private Schattenregierungen wie beispielsweise die von George Soros und viertens supranationale Organisationen wie etwa die EU oder der Internationale Währungsfonds. Diesen vier Gruppen ist gemein, daß in den Händen von ein paar tausend extrem abgehobenen Entscheidern aus dem Finanzbereich mehr Geld und Macht konzentriert ist als beim Rest der Erdbevölkerung und der Realwirtschaft. Diese „privilegierte Finanz-Oligarchie“ (PFO) hat gegenüber der Realwirtschaft im 21. Jahrhundert eine ähnliche Stellung, wie sie die Aristokraten des Mittelalters gegenüber ihren Vasallen hatten. Insofern plädiere ich dafür, unsere heutige Wirtschaftsordnung ehrlich als das zu bezeichnen, was sie ist: Neo-Feudalismus.

Sie haben eben als entscheidenden Akteur dieser Oligarchie den Milliardär George Soros angeführt, der eine „private Schattenregierung“ führe. Wenn der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán so etwas sagt, wirft man ihm das Spiel mit Verschwörungstheorien und antisemitischen Stereotypen vor. Befürchten Sie nicht, daß die FLG auch in diese Ecke gedrängt wird?

Müller: Erstens sind die Verschwörungen des Herrn Soros derart gut durch Quellen dokumentiert, daß es sich um nachgewiesene Verschwörungs-Praxis handelt, also das Gegenteil einer angeblichen Theorie. Zweitens hätte die „Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.“ keine Existenzberechtigung, wenn sie diese in der Praxis erwiesenen Verschwörungen durch ängstliches Schweigen zudecken würde.

Als einen Aspekt der Globalisierung benennen Sie die massive Ausdehnung des Finanzsektors zu Lasten der Realwirtschaft. Kann ein solcher Trend überhaupt umgekehrt werden? Und wenn ja, wie?

Müller: 2018 wurden im EU-Bereich nur zirka drei Prozent der Fondsmittel in die Realwirtschaft investiert, etwa 97 Prozent verblieben dagegen zu rein spekulativen Zwecken im Finanzbereich und dort auch noch in den Händen einer ganz kleinen Gruppe. Ähnlich verhielt es sich mit den europäischen Billionenhilfen über die Zentralbank, die sich entsprechend als Subventionierung der

Spekulanten statt als Motor für die Wirtschaft auswirkten. Das ist der schlagendste Beweis überhaupt, wie schief unser Wirtschaftssystem geworden ist. Um diesen Trend umzukehren, sind konkrete Maßnahmen einzuführen, wie zum Beispiel das Verbot einer weiteren Geldschöpfung aus dem Nichts durch die Noten- und Geschäftsbanken, ein Trennbankensystem und so weiter.

„Eigene Interessen definieren und durchsetzen, anstatt den submissiven Büttel vor der EU zu spielen.“

Sie stellen der angelsächsisch geprägten Globalisierung das Modell einer „fairen und nachhaltigen Wirtschaftsordnung“ gegenüber. Welche sind die zentralen Komponenten dieses Modells?

Müller: Das Modell ist die bekannte Soziale Marktwirtschaft in einem selbstbestimmten, souveränen deutschen Wirtschaftsraum, anstelle der EU, die als Ausbeutungsorganisation für die

Teil der „privilegierten Finanz-Oligarchie“: Goldman Sachs, hier die Zentrale in London

Fleißigen in der deutschen Wirtschaft agiert. Verkürzt könnte man auch sagen „Germany first“, was die neue Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik betrifft. *Bei welchen Maßnahmen müßte eine Regierung ansetzen, die sich von dem Prinzip „Heimische Wirtschaft zuerst!“ leiten läßt?*

Müller: Eigene Interessen definieren und durchsetzen, anstatt den submissiven Büttel vor der EU zu spielen. Damit wir uns klar verstehen: Wir brauchen eine erneuerte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), damit wir unsere Waren und Dienstleistungen weiterhin frei ohne Schranken in Europa verkaufen können. Aber dazu brauchen wir keinen selbtherrlichen EU-Beamtenapparat, der uns finanziell aussaugt, die Eigeninitiative über Bürokratie ausbremst und dadurch unsere Mittelständler kaputtmacht und uns Bürger terrorisiert. Wenn dieser die vor allem mittelständische Wirtschaft erdrückende EU-Beamtenapparat Geschichte sein wird, wird es unseren Unternehmen deutlich besser gehen.

Herr Müller, vielen Dank für das Gespräch.

